

An das
Präsidium der GÖD

Liebe KollegInnen vom Präsidium der GÖD!

Ich haben heute im Online-Standard den Artikel „Rupprechter will weitere Bundesbehörden aufs Land verlagern“ (25. Oktober 2017, 12:00) und im ORF (www.orf.at) „Rupprechter will weitere Behörden aufs Land verlagern“ gelesen. In diesen Beiträgen wird erwähnt, dass überlegt wird, das Institut für Bergbauernfragen nach Tirol zu verlegen, da es „einigermaßen absurd“ sei, Bergbauernfragen in Wien abzuhandeln. Die Verlegung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen ist also schneller wieder in den Medien als gedacht. Wir haben noch nicht einmal eine neue Regierung.

Als Personalvertreter der betroffenen Bundesanstalt für Bergbauernfragen möchte ich dazu kurz wie folgt Stellung nehmen:

- Die Bundesanstalt für Bergbauernfragen ist eine sozioökonomische Forschungseinrichtung mit 14 MitarbeiterInnen. Der Platz der Bundesanstalt für Bergbauernfragen ist dort, wo die Wissenschaft, die zuständigen Universitäten, das Parlament und das zuständige Ministerium ihren Standort haben und das ist in Wien. Auch die internationale wissenschaftliche Vernetzung (Kongresse, EU-Projekte etc.) würde durch eine Übersiedelung nach Tirol sehr erschwert.
- Der Tätigkeitsbereich der Bundesanstalt für Bergbauernfragen geht sehr weit über die Berglandwirtschaft hinaus (Frauen, Jugend, Immigration, Gentechnik, EU Agrar- und Regionalpolitik, Ländliche Entwicklung usw.). Die Beratung der Bergbauern und Bergbäuerinnen ist sehr wichtig, aber das macht nicht die Bundesanstalt für Bergbauernfragen, sondern die Landwirtschaftskammern bzw. die Agrarlandesämter.
- Die Berglandwirtschaft muss im Zentrum, und das ist die Bundeshauptstadt Wien, auch Gehör finden, d.h. sie muss in Wien auch vertreten werden, d.h. präsent sein. Dafür braucht es nicht nur die Politik, sondern auch die Politikberatung und die Wissenschaft.
- Der überwiegende Teil der Belegschaft der Bundesanstalt für Bergbauernfragen geht in den nächsten 10 Jahren nicht in Pension und eine Übersiedelung nach Tirol ist für die MitarbeiterInnen aus sozialen und finanziellen Überlegungen nicht zumutbar, da die Belegschaft ihren Lebensmittelpunkt in Wien bzw. in der Nähe von Wien hat. Etwaige Pensionierungen sollten in der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien nachbesetzt werden.
- Der Finanzminister von Bayern hat auch klargemacht, dass eine Dezentralisierung von Verwaltungseinrichtungen keine Einsparungen bringt, sondern viel Geld kostet.
- Und wenn schon Dezentralisierung, warum dann nur eine kleine Forschungseinrichtung mit 14 MitarbeiterInnen und nicht konsequenterweise gleich das ganze Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in eine ländliche Region übersiedeln?

Ich ersuche euch alle um Unterstützung bei der Argumentation, dass es keinen Sinn macht die Bundesanstalt für Bergbauernfragen nach Tirol oder sonst wohin zu übersiedeln.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Gerhard Hovorka
Personalvertretung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Dr. Gerhard Hovorka
Bundesanstalt fuer Bergbauernfragen / Federal Institute for Less-Favoured and Mountainous Areas
Marxergasse 2;
1030 Wien; Austria
phone: +43-1-504 88 69 - 15
e-mail: gerhard.hovorka@babf.bmlfuw.gv.at <http://www.babf.bmlfuw.gv.at>